

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Verlag
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Samstagsheft
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 27.

Freitag, 2. Februar 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kais. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Im Grundstücke der Firma Büssler & Wallbaum in Neuweida sollen

Montag, den 5. Februar 1894,

Vormittags 11 Uhr,

ca. 30 Kubikmeter **Bruchsteine** gegen sofortige Bezahlung meistbietend versteigert werden.

Riesa, 30. Januar 1894.

Der Ger.-Bolz. des Kgl. Amtsger.

Echt. Sidam.

Im Saale des Hotel zum Kronprinz hier sollen

Donnerstag, den 8. Februar 1894,

von Vormittags 9 Uhr an

2 Ladentische, 1 Regal, 1 Waarenschrank, 1 Schreibtisch, 1 Tafelwaage mit Gewichten, 1 Spiegel mit Console, 2 Kleiderschränke, 1 Kleidersekretär, 1 Sopha, 1 Sophasitz, 1 Regulatur, 1 Kommode, 1 Küchenschrank, 1 Reiseforb, 1 Wasch- und 1 Nähstisch, mehrere Herrenkleidungsstücke, sowie verschiedene Waaren, als: Kaffee, Zucker, Mehl, Cigarren, Tabak, Syrup, Rosinen, Gewürze, Linsen, Graupen u. s. w., 1 Foh Essig, 1/2 Tonne Heringe, 12 Paar Anabenschuhe, 7 Paar Herren- und 1 Paar Damenstiefelklettchen u. A. m. gegen

sofortige Bezahlung meistbietend versteigert werden. Ein spezielles Verzeichnis der zur Auktion kommenden Gegenstände hängt am Gerichtsbret hier aus.
Riesa, 30. Januar 1894.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.
Echt. Sidam.

Die Anmeldung der Ofern 1894 in den Schulbezirken **Gröba, Boberfen, Wetzdorf und Vochna** schulpflichtig werdenden Kinder soll, so Gott will,

Sonnabend, den 10. Februar a. c.,

Mittag 1 Uhr

in den betreffenden Schulhäusern, in Gröba in der neuen Schule, stattfinden. Beizubringen sind eine **Taufbescheinigung**, ein **Impfschein** und für die auswärtigen Geborenen eine ständesamtliche Geburtsurkunde.

Gröba, den 29. Januar 1894.

Der Ortschulinspektor.
P. Werner.

Bestellungen

auf das mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich Abends erscheinende

„Riesauer Tageblatt und Anzeiger“

für

Februar und März

werden noch von sämtlichen kaiserlichen Postanstalten, den Landbriefträgern, unsern Geschäftsstellen in Riesa und Strehla, sowie in den Ausgabestellen bei Herren **Paul Holz, Edu Poppiger** und **Schägenstraße, A. S. Hennicke**, Hauptstraße, Kaufmann **Hermann Müller**, Kaiser-Wilhelm-Platz und **Paul Roschel**, Bahnhofsstraße, bei Abholung dortselbst zum Preise von 85 Pfge. **zahlbar pränumerando**, angenommen; durch unsere **Anwärter**, die jeder Zeit Bestellungen annehmen, frei ins Haus geliefert ist der Preis 1 Mk. — Pf., durch die Post frei ins Haus 1 Mk. 14 Pf., (bei Abholung am Postschalter 84 Pfge.)

Anzeigen finden durch das „Riesauer Tageblatt und Anzeiger“, die im Amtsbezirk bei Weitem verbreitetste und gelesenste Zeitung, anerkanntermaßen die beste und zweckentsprechendste Verbreitung.

Riesa,

Kasanienstraße 59.

Die Geschäftsstelle.

Tagesgeschichte.

Nach dreitägigen Verhandlungen, die weder „für“ noch „gegen“ etwas Neues boten, hat der Reichstag den Entwurf der Reichsfinanzreform der ohnehin schon schwer belasteten Kommission überwiesen, die die übrigen Finanzgesetze vorzubereiten hat. Welchen Zweck diese Kommissionsüberweisung noch haben soll, nachdem sich die Mehrheit der Parteien gegen die Vorlage erklärt hat und nachdem die Vorbedingungen für das Zustandekommen der Reform — nämlich die Zustimmung des Reichstages zu den von der Regierung vorgeschlagenen Steuern — hinfällig geworden sind, ist nicht recht einzusehen. — Wenn nicht die unbedingte Notwendigkeit wäre, in die Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten und in die wechselseitigen Beziehungen dieser Finanzen Ordnung zu bringen, es wäre Ursache, an dem Gelingen der Reform zu verzweifeln. Doch diese Notwendigkeit ist vorhanden und so muß denn die Reform auf die eine oder andere Art durchgeführt werden. Die Sache liegt gegenwärtig so, daß das Reich nicht im Stande ist, aus eigenen Mitteln seine Ausgaben zu decken. Das Reich ist mithin (da die Steuervorlagen keine Aussicht auf Annahme im Reichstage haben) in die Notwendigkeit versetzt, die fehlenden Mittel durch Umlagen auf die Einzelstaaten (Mortuarbeiträge) zu beschaffen. Nun befinden sich ja einzelne Einzelstaaten in der angenehmen Lage, die auf sie entfallenden Beiträge ohne Störung ihres Etats herzugeben zu können; aber der größte Staat, Preußen, ist dazu nicht in der Lage. Um den auf ihn kommenden sehr hohen Bruchteil herbeizuschaffen, müßte Preußen entweder eine Anleihe aufnehmen oder einen Zuschlag zu seiner neuen Einkommensteuer er-

heben. Preußens Finanzrückgang hängt mit dem Rückgang der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse zusammen, der eine feste Winderung der Eisenbahn-Einnahmen herbeiführte. Es ist vorläufig keine Aussicht auf eine wesentliche Steigerung dieser Einnahmen vorhanden. Allerdings ist Preußen verhältnismäßig ein sehr reicher Staat; sein Vermögen und sein Besitz ist weit größer, als seine Schuldenlast. Doch wenn die Reichsschuld wächst, wie es den Anschein hat und wie es notwendig wird, wenn nicht Vororge getroffen wird, so erfahren die Verhältnisse eine arge Verschlechterung, und die Reichsschuld muß, obgleich sie nominell ein geringeres Dasein führt, auf den preussischen Kredit wie auf den Kredit aller übrigen deutschen Einzelstaaten drücken. — Ganz besonders drückt hier die Unübersichtlichkeit der Verhältnisse. Das Reich macht Ausgaben und legt den Einzelstaaten Kosten auf. Das dies unter Umständen auch ohne Vorbedacht geschehen kann, dafür liegt ein Beweis vor. Als man im vergangenen Jahre die Militärvorlage bewilligte, hatte man die Absicht, die entsprechenden Einnahmen von Reichswegen zu schaffen. Jetzt aber ist es beinahe gewiß, daß ein großer Teil der bewilligten Ausgaben den Einzelstaaten aufgewälzt werden wird. Die Finanzreform-Vorlage wollte hier Besserung schaffen, sie wollte zunächst den Einzelstaaten einen bestimmten Anteil an den Reichseinnahmen zuweisen als Ersatz dafür, daß das Reich den Einzelstaaten gewisse Steuerquellen verschlossen hat; sie wollte dadurch die Reichsinstanzen zwingen, bei jeder Ausgabebewilligung zugleich an die Deckung zu denken. — Die Ausgaben hat der Reichstag bewilligt. Um Einnahmen zu schaffen, hat die Reichsregierung mehrere Steuerentwürfe eingebracht, die sich jetzt in der Kommission befinden. Aus diesen Entwürfen wird, das steht heute schon fest, soviel gestrichen werden, daß für den Reichsbedarf wenig herauskommt, keinesfalls soviel, als das Reich braucht. Zwar ist es nicht Sache des Reichstages, neue Steuerentwürfe auszuarbeiten; wohl aber haben die ablehnenden Parteien die Pflicht, die gewünschten Steuern namhaft zu machen. Das ist bisher nicht geschehen; denn wenn auch einzelne Vorschläge gemacht wurden, so waren dies doch durchweg solche, die nicht auf die Zustimmung der Mehrheit zu rechnen hätten, deren Einbringung mithin zwecklos wäre. — Das Schlimme bei den monatlichen Beratungen ist, daß die beteiligten Kreise der Winger, Tabakinteressenten u. a. beunruhigt werden. Das Geschäftsleben verträgt derartige Beunruhigungen auf die Dauer nicht. Beim Suchen nach neuen Steuern werden aber natürlich immer weitere Kreise beunruhigt.

Deutsches Reich. Kaiser Wilhelm hat nicht bloß persönlich auf der hiesigen russischen Botschaft Erkundigungen über das Befinden des Zaren eingezogen, sondern hat auch seinen Botschafter in Petersburg beauftragt, ihn fortlaufend über den Verlauf der Krankheit des russischen Kaisers zu unterrichten. Die man vernimmt, lauten die Meldungen neuerdings sehr beruhigend, nachdem die anfänglichen Besorgnisse sehr bald verschwunden waren. Gegenwärtig scheint die Krankheit einen durchaus günstigen Charakter angenommen zu haben und normal zu verlaufen, so daß einer vollständigen Genesung des Zaren bald entgegenzusehen ist. Der deutsche Kaiser hat seiner Freude darüber in einer Depesche an die Zarin Ausdruck gegeben.

In einem Dankschreiben an die Stadtverordneten von

Berlin für die festlichen Veranstaltungen zu seinem Geburtstage dankt der Kaiser auch für den dem Reichskanzler bereiteten jubelnden Empfang, welcher bereitetes Zeugnis von der in der Berliner Einwohnerschaft herrschenden treuen Gesinnung ablegte.

Die „Kreuzzeitung“ erfährt, daß die Meldung der Zeitung „Das Volk“ richtig sei, wonach Kriegsminister von Bronsart zum Geburtstage des Kaisers Glückwünsche darbrachte und zugleich im Namen der Armee den Dank für die Auszeichnung mit dem Fürsten Bismarck dem Kaiser ausdrückte. Die „Kreuzzeitung“ fügt hinzu, der Vorgang habe nicht am Geburtstage des Kaisers, sondern am Donnerstag, vorher stattgefunden.

In der gestrigen Sitzung der bayerischen Kammer gab der Finanzminister v. Riedel eine Darlegung der Finanzlage Bayerns. Eine Erhöhung der direkten Staatssteuern werde unvermeidlich sein, wofür der Reichstag keine oder eine nur unzureichende Deckung der Kosten der Militärvorlage biete. Er hoffe jedoch, daß noch eine Verschärfung über die nötigenfalls abzuhaltende Tabaksteuer erzielt werde. Die Besorgnisse der Weinbauern würden berücksichtigt werden. Die ganze Weinsteuervorlage könne man jedoch nicht fallen lassen. Die Besprechung über diese Darlegung wurde trotz des Widerpruches v. Bollmars abgelehnt.

Major v. Wissmann ist nach eingezogener Meldung am 14. Januar in Bombay wohlbehalten eingetroffen und erfreut sich eines besseren Befindens. Wie in seiner Umgebung als unanfechtbar feststeht, reist er sein Abschiedsgesuch von dort aus ein.

Im Steuerauschuß des Reichstages wurde gestern die Beratung über die Steuerentwürfe für Kauf- und Anschaffungs-geschäfte fortgesetzt. Nach längerer Debatte wurden der Reihe nach sämtliche Abänderungsvorschläge abgelehnt, dagegen die Regierungsvorlage (Kauf- und Anschaffungs-geschäfte über ausländische Banknoten, 1/10 v. T.) mit 17 gegen die 5 Stimmen der Freisinnigen und Socialdemokraten angenommen. Ebenso wurde die Steuer von 1/10 v. T. für inländische Aktien, Renten- und Schulverschreibungen mit 15 gegen 7 Stimmen (außer Freisinn und Socialdemokraten noch die Abgg. Graf Arnim und Frhr. v. Deyl) angenommen. Schließlich wurde auf Antrag des Abg. Camp als Nr. 6 folgende Fassung beschlossen: „1) Kauf- und sonstige Anschaffungs-geschäfte über Waaren auf eine fest bestimmte Lieferzeit oder mit einer fest bestimmten Lieferungsfrist, wenn dieselben gemäß den, seitens einer Börsenbehörde für solche Geschäfte festgesetzten Geschäftsbedingungen abgeschlossen werden und wenn für die an der betreffenden Börse geschlossenen Geschäfte solcher Art eine Feststellung von Terminpreisen erfolgt, 1/10 vom Tausend. 2) Alle übrigen Kauf- oder sonstigen Anschaffungs-geschäfte, wenn dieselben gemäß den, seitens einer Börsenbehörde für solche Geschäfte festgesetzten Geschäftsbedingungen abgeschlossen werden, 1/10 vom Tausend.“ Dieser Antrag gelangte mit 16 gegen 1 Stimmen (Freisinn und Socialdemokratie) zur Annahme. Die Beratungen werden Sonntag fortgesetzt.

Vom Reichstag. Der Reichstag trat gestern außerordentlich schwach besuchtem Hause in die dritte Beratung des Gesetzes über den Unterhaltungsbeitrag ein. Die Regierungsvorlage hat in der Kommission sowohl, wie in der zweiten Beratung im Haus mehrfache Änderungen er-